

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 07. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, den 16.02.2017

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:25 Uhr

Ort, Raum: großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Die stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Frau Brunhilde Trenz, eröffnet die 07. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß am 07.02.2017 zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Da zur Sitzung noch nicht allen Ausschussmitgliedern das Protokoll der letzten Sitzung vorliegt, wird kein Beschluss darüber gefasst. Es besteht Einvernehmen, darüber in der nächsten Ausschusssitzung zu beschließen.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 07. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 16.02.2017

- TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/201/2017
- TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 11.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/202/2017
- TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

**TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/201/2017**

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Brunhilde Trenz, schlägt vor, mit den eingebrachten Änderungsanträgen zur Sitzung zu beginnen.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Produkt 54110, Ergebnishaushalt; Senkung von Hochbordanlagen

Herr Karlheinz Erbach beantragt mündlich für die SPD-Fraktion, 10.000,00 € für die Absenkung von Hochbordanlagen im Stadtkern als auch in den Stadtteilen in den Haushalt einzustellen. Unter anderem soll durch die Absenkung eine Barrierefreiheit im Stadtgebiet gewährleistet werden.

Es folgen Wortmeldungen zur Absenkung der Hochbordanlagen. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bittet um Rückstellung des Antrages, da zukünftig weitere Straßenerneuerungen (z. B. Treiser Straße, Londorfer Straße) durchgeführt werden, bei denen sowieso eine Barrierefreiheit berücksichtigt wird. HessenMobil stellt das aktuelle Straßenbauprogramm 2017 für den Landkreis Gießen am 07.03.2017 den Bürgermeistern vor. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause wird sich erkundigen, wann mit einem Ausbau der Ortsdurchfahrt in der Kernstadt Allendorf (Treiser Straße, Londorfer Straße) zu rechnen ist. Die weitere Vorgehensweise kann dann in der Sitzung vom 13.03.2017 besprochen werden.

Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung Planungskosten über die Absenkung der Bordsteine vorlegen.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 10.000,00 € für die Absenkung von Hochbordanlagen im Stadtkern als auch in den Stadtteilen in den Haushalt einzustellen.

Über den Antrag erfolgt keine Beschlussempfehlung, er verbleibt somit im Geschäftsgang.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Produkt 11110; Ergebnishaushalt; Verdoppelung des Ansatzes für Städtepartnerschaften

Herr Karlheinz Erbach beantragt mündlich für die SPD-Fraktion, dass der Haushaltsansatz für die Städtepartnerschaften folgendermaßen erhöht wird:

- Reisekosten Städtepartnerschaften von 250,00 € auf 500,00 €;
- Aufwendungen für Gästebewirtung Städtepartnerschaften von 2.500,00 € auf 5.000,00 €;
- Sonstige Aufwendungen für Repräsentationen Städtepartnerschaften von 1.000,00 € auf 2.000,00 €

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Haushaltsansatz für die Städtepartnerschaften folgendermaßen erhöht wird:

- Reisekosten Städtepartnerschaften von 250,00 € auf 500,00 €;
- Aufwendungen für Gästebewirtung Städtepartnerschaften von 2.500,00 € auf 5.000,00 €;
- Sonstige Aufwendungen für Repräsentationen Städtepartnerschaften von 1.000,00 € auf 2.000,00 €

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung zu dem Antrag.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 27210, Ergebnishaushalt; Betrieb der Stadtbücherei Allendorf (Lumda)

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017. Frau Brunhilde Trenz richtet die Frage an Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause, ob bei der Verlegung der Stadtbücherei überhaupt Kosten entstehen, wenn evtl. der städtische Bauhof den Umzug vornehmen würde. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt, dass der Bauhof die Verlegung vornehmen kann, hierdurch aber Interne Leistungsverrechnungen entstehen werden.

Herr Ulrich Krieb von der CDU-Fraktion bittet um Überprüfung, ob freiwerdende Räume im Bürgerhaus Allendorf für den Betrieb der Stadtbücherei genutzt werden können.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 2.500,00 € für Umzugskosten der Stadtbücherei in den Haushaltsplanentwurf einzustellen.

Es besteht Einvernehmen, keine Haushaltsmittel im Haushalt für die Verlegung der Stadtbücherei einzustellen. Der Antrag als auch der zukünftige Standort der Stadtbücherei sollen zunächst im Sport- und Kulturausschuss behandelt werden.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 42410, Ergebnishaushalt; Unterhaltungszuschuss an den TSV Allendorf (Lumda)

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017. Demnach sollen die auf Antrag des TSV Allendorf (Lumda) eingestellten 5.000,00 € (Zuschuss zur Unterhaltung des Allendorfer Sportplatzes) auf 3.000,00 € reduziert werden. Zusätzlich sind 4.000,00 € jährlich im Rahmen der allgemeinen Sportförderung in den Haushalt und folgende einzustellen. Um diese Mittel kann sich jeder Sportverein anteilig mit einem entsprechenden Antrag bewerben.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die 5.000,00 €, welche auf Antrag des TSV Allendorf (Lumda) auf dauerhafte Erhöhung des Zuschusses zur Unterhaltung des Allendorfer Sportplatzes in den Haushaltplanentwurf eingestellt wurden, auf 3.000,00 € zu reduzieren.

Zusätzlich sind 4.000,00 € jährlich im Rahmen der allgemeinen Sportförderung in den Haushalt und folgende einzustellen. Um diese Mittel kann sich jeder Sportverein (auch der TSV) anteilig mit einem entsprechenden Antrag bewerben. Diese Mittel können sowohl für Anschaffungen, als auch Freizeiten oder Aktivitäten beantragt werden. Über die Mittelfreigabe entscheidet der Magistrat.

Nach eingehender Diskussion bittet Frau Sandra Henneberg um Rückstellung des Antrages. Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 42410, Ergebnishaushalt; Sperrvermerk Unterhaltungszuschuss an den TSV Allendorf (Lumda)

Herr Ulrich Krieb erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, die Mittelanmeldung des TSV in Höhe von 5.000,00 € (S. 150 Zeile 15) mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Es folgen Wortmeldungen aus der Versammlung. Es wird angeregt, eine Vereinsförderrichtlinie zu erstellen.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Mittelanmeldung des TSV in Höhe von 5.000,00 € mit einem Sperrvermerk, welcher durch den Sport- und Kulturausschuss aufgehoben werden kann, zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5	FWG; SPD;CDU; BFA/FDP-Fraktion
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	1	Bündnis90/DIE GRÜNEN

- einstimmig beschlossen -

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 54110; Maßnahme 26; Baugebiet bei der Futterwiese

Frau Brunhilde Trenz fragt mit Antrag der BFA/FDP-Fraktion an, ob haushaltsrechtlich die Möglichkeit besteht, die Ermächtigungsübertragung für die Baukosten Futterwiese für das Jahr 2017 kürzen zu können, da das Ausschreibungsergebnis wesentlich unter den veranschlagten Ausgaben liegt.

Es wird zugesagt, dass die Finanzabteilung die Möglichkeit der Kürzung überprüft und sodann über das Ergebnis berichten wird.

Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 53310, Maßnahme 001; Beschaffung Einsatzfahrzeug Wassermeister

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017. Herr Bauamtsleiter Becker erklärt hierzu, dass derzeit für Elektro-Nutzfahrzeuge keine geeigneten Angebote vorliegen. Er gibt zu bedenken, dass vor Ort für ein Elektrofahrzeug noch keine Ladestationen vorhanden sind. Darüber hinaus sind die Beschaffungskosten für ein solches Fahrzeug im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen sehr hoch.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Ansatz für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister um 2.000,00 € auf dann 30.000,00 € zu erhöhen. Es ist ein Wasserfahrzeug anzuschaffen, dabei ist auch eine Förderung durch Bundesgelder zu berücksichtigen.

Frau Sandra Henneberg bittet Herrn Bauamtsleiter Becker zu prüfen, ob die Möglichkeit einer Förderung durch öffentliche Gelder bei der Anschaffung eines Elektrofahrzeuges besteht. Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 53310, Maßnahme 001; Beschaffung Einsatzfahrzeug Wassermeister

Frau Brunhilde Trenz von der BFA/FDP-Fraktion beantragt, die eingestellten 28.000,00 € für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten 28.000,00 € für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Sperrvermerk kann durch den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss aufgehoben werden. Herr Bauamtsleiter Becker wird gebeten, zunächst Angebote von Elektronutzfahrzeugen im Vergleich zu herkömmlichen Nutzfahrzeugen (Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor oder Hybridfahrzeuge) einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig beschlossen -

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 55410, Ergebnishaushalt; Natur- und Landschaftspflege

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017, den Ansatz von 4.000,00 € für den Fledermausschutz im „Hohen Stein“, Einfluggitter und die Beschaffung von Obstbäumen auf 5.500,00 € zu erhöhen.

Nach eingehender Diskussion besteht Einvernehmen, dass die Stadt auf die Fördermöglichkeiten des Landkreises Gießen in Bezug auf die Erhaltung von Streuobstwiesen (Richtlinien für die Förderung der Erhaltung von Hochstammobstbäumen in Streuobstbeständen und Obstbaumalleen) auf der städtischen Homepage sowie im Mitteilungsblatt hinweist.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Ansatz von 4.000,00 € für den Fledermausschutz im „Hohen Stein“, Einfluggitter und die Beschaffung von Obstbäumen um 1.500,00 € zu erhöhen. Diese zusätzlichen 1.500,00 € sollen in Form eines „Patenschaftsprojektes“ Bürgern, welche sich um eine Patenschaft bewerben, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	Bündnis90/DIE GRÜNEN
Nein-Stimmen:	3	SPD; CDU; BFA/FDP-Fraktion
Enthaltung:	2	FWG

-mehrheitlich abgelehnt-

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 57110, Maßnahme 003; Beteiligung an dem Windpark Staufenberg

Herr Ulrich Krieb erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, da jüngste Meldungen aus der Presse Zweifel an der Rentabilität eines Windparks Staufenberg/Hassenhausen aufkommen lassen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause empfiehlt, zunächst das Wirtschaftlichkeitsgutachten, welches Ende Februar / Anfang März vorliegen soll, abzuwarten.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Sperrvermerk kann durch die Stadtverordnetenversammlung wieder aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

-einstimmig beschlossen-

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 57310, Ergebnishaushalt; Leistungen des Bauhofes – Erarbeitung Fahrzeugkonzept

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017, 7.000,00 € für die Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrzeugkonzeptes mit der Gemeinde Rabenau in den Haushalt einzustellen.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 7.000,00 € für die Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrzeugkonzeptes mit der Gemeinde Rabenau in den Haushalt einzustellen.

Es besteht Einvernehmen, den Bauhofleiter der Stadt Allendorf (Lumda) zu beauftragen, sich mit dem Bauhofleiter der Gemeinde Rabenau über die Zusammenarbeit im Bereich der möglichen gemeinsamen Nutzung von bestehenden Fahrzeugen (gemeinsames Fahrzeugkonzept) zu beraten.

Es erfolgt keine Abstimmung zu dem Antrag.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Produkt 57330, Maßnahme 015, Überdachung Bürgerhaus Nordeck, Bereitstellung von Bürgerhäusern (Gemeinschaftseinrichtungen)

Frau Sandra Henneberg erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2017, die eingestellten Mittel für die Überdachung des Vorplatzes am BGH Nordeck auf 15.000,00 € zu reduzieren.

Herr Bauamtsleiter Becker hat für die Überdachung des Bürgerhauses Nordeck eine Kostenschätzung in Höhe von 28.809,90 € angefertigt, die er an die Mitglieder verteilt. Er erläutert dem Ausschuss seine Kostenaufstellung.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten Mittel für die Überdachung des Vorplatzes am BGH Nordeck auf 15.000,00 € zu reduzieren.

Frau Sandra Henneberg nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zurück.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 36610, Ergebnishaushalt; Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Frau Brunhilde Trenz erläutert den Antrag der BFA/FDP-Fraktion, 500,00 € der eingestellten Haushaltsmittel für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Sperrvermerk zu versehen. Grund für den Sperrvermerk sind fehlende Berichterstattungen des Jugendpflegers an die Gremien. Die Intension des Antrages soll sein, dass sich intensiver mit der Jugendpflege beschäftigt wird – insbesondere soll die Jugendpflege in Climbach (Juz Climbach) wieder mehr gefördert werden.

Es soll der Auftrag an den Jugendpfleger Klaus Gröger erteilt werden, ein konkretes Konzept für die Jugendpflege zu erarbeiten und dieses dem Sport- und Kulturausschuss vorzustellen.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 500,00 € der eingestellten Haushaltsmittel für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Der Antrag wird von Frau Brunhilde Trenz für die BFA/FDP-Fraktion zurückgenommen.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 12210, Ergebnishaushalt; Teilnahme am Projekt „Partnerschaft für Demokratie“

Frau Brunhilde Trenz erläutert den Antrag der BFA/FDP-Fraktion, die eingestellten 6.600,00 € für die Teilnahme am Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ mit einem Sperrvermerk zu versehen. Grund für den Sperrvermerk sind die noch fehlenden Informationen zu dem gesamten Projekt. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause sichert zu, dass dem Protokoll detaillierte Informationen zu dem Projekt bzw. der Stellenbesetzung durch Herrn Andreas Scharper beigelegt werden.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten 6.600,00 € für die Teilnahme am Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Es erfolgt keine Abstimmung zu dem Antrag. Es besteht Einvernehmen, den Stelleninhaber, Herrn Andreas Scharper, am 07.03.2017 zur Sitzung des Sport- und Kulturausschusses einzuladen. Hier besteht sodann die Möglichkeit, dass Herr Andreas Scharper Einblicke in seine Tätigkeit bzw. in das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ geben kann. Erst danach soll in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.03.2017 eine Entscheidung über die Anbringung eines Sperrvermerkes erfolgen.

Änderungsantrag der FWG: Produkt 57320, Maßnahme 001; Weitere Pflasterung des Festplatzes in Allendorf (Lumda)

Zum schriftlichen Antrag der FWG-Fraktion vom 18.11.2016 wurde die aus der Sitzung vom 13.02.2017 zugesagte Kostenschätzung seitens des Bauamtes erstellt und von Herrn Bauamtsleiter Becker an die Ausschussmitglieder verteilt (siehe Anlage). Es ergeben sich geschätzte Materialkosten in Höhe von 9.000,00 €. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt, dass die beabsichtigte Pflasterung als Maßnahme im Investitionshaushalt abgebildet werden kann.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, eine Pflasterung auf dem Festplatz in östliche Richtung an die bestehende Pflasterung in gleicher Breite bis hinter den Standort der Glascontainer, fortzuführen. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, für die Ausführung der Arbeiten, unter Regie des Bauhofes, eine Freiwilligkeit bei der Burschenschaft zu erfragen.

Hierfür sind für investive Auszahlungen für Baumaßnahmen die Materialkosten in Höhe von 10.000,00 € einzustellen.

Zum vorgelegten Antrag erfolgt keine Abstimmung. Somit verbleibt der Antrag im Geschäftsgang.

Gesamt-Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen - unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge - für das Haushaltsjahr 2017 zu beschließen.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2020 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO sowie die vorliegende Fortschreibung des Kommunalinvestitionsprogramms 2016 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

-einstimmig beschlossen-

**TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 11. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/202/2017**

Es erfolgt eine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 11. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 92 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 2 FWG; 1 SPD; 1 BFA/FDP; 1 Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1 CDU

-einstimmig beschlossen-

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen:

- Herr Reiner Käs von der FWG-Fraktion fragt an, wieweit die Entwicklung des Gewerbegebietes Grünberg/Rabenau/Allendorf (Lumda) vorangeschritten ist.

Frau BGM Bergen-Krause teilt mit, dass seitens der Stadt Grünberg derzeit noch Grundstückankäufe erfolgen müssen. Bevor die Grundstückankäufe nicht realisiert sind, kann keine weitere Aussage zum Sachstand des Gewerbegebietes erfolgen.

- Herr Ulrich Krieb von der CDU-Fraktion möchte wissen, inwieweit die Beteiligung am Gewerbegebiet Grünberg/Rabenau/Allendorf (Lumda) Einfluss auf die weitere städtische Gewerbegebietsausweisung vor Ort nimmt.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass seitens des Regierungspräsidiums keine negativen Aussagen hierzu getroffen wurden.

- Herr Apala-Raphael Omokoko von der SPD-Fraktion möchte wissen, wie weit die Ausschreibung des Ideenwettbewerbes zur Gestaltung des Nouvion-Platzes fortgeschritten ist.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt, dass ohne genehmigten Haushalt ein Ideenwettbewerb nicht angestoßen werden kann.

- Herr Thomas Stein von der CDU-Fraktion erkundigt sich zum Sachstand der Cybersicherheit in der Verwaltung.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Schulung zur Cybersicherheit erhalten haben.

- Herr Thomas Stein bittet darum, dass Angebot zum Thema Cybersicherheit des Landkreises Gießen anzunehmen.

Mitteilungen:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Allendorf (Lumda), den 03.03.17

gez. Trenz

**(Trenz)
Stellv. Vorsitzende**

Koop

**(Olga Koop)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnete Sandra Henneberg

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause

Herr Stadtrat Manfred Lotz

Herr Stadtrat Reiner Placzko

Herr 1. Stadtrat Udo Schomber

Ortsbeirat Climbach :

Frau Ortsbeiratsmitglied Ursula Poschmann

Stadtverordnete :

Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann

Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

Verwaltung :

Herr Bauamtsleiter Andreas Becker

Frau Olga Koop

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

entschuldigt fehlten:

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann

Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

Magistrat :

Frau Stadträtin Petra Sommerlad
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Verwaltung :

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen
Rausch